

**VERTRAULICH**  
bis zur Feststellung des  
schriftlichen Ergebnisses der  
letzten nicht öffentlichen  
Ausschusssitzung durch  
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg  
Dezernat I, Kämmereiamt

**Information über den Verlauf der  
Haushaltswirtschaft 2008 zum 15.04.2008  
gemäß § 28 E-GemHVO**

## **Beschlussvorlage**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Be- schlussempfehlung	Handzeichen
Haupt- und Finanzaus- schuss	07.05.2008	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	29.05.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderats:*

*Auf Basis des Berichts über den Verlauf des Haushaltsjahres 2008 wird die vom Gemeinderat zusammen mit der Verabschiedung des Haushalts beschlossene Haushaltssperre in Höhe von 1 Mio. € aufgehoben.*

## I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 1	+	<b>Solide Haushaltswirtschaft</b> <b>Begründung:</b> Mit der Information gemeinderätlicher Gremien über den Verlauf der Haushaltswirtschaft sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass den gemeinderätlichen Gremien bei allen ihren Entscheidungen die aktuelle finanzielle Gesamtsituation der Stadtverwaltung Heidelberg ausreichend bekannt ist. Die Kenntnis über die aktuelle finanzielle Lage der Stadt verhilft dazu, bei allen Entscheidungen die finanziellen Konsequenzen dieser Entscheidungen auch im Hinblick auf eine dauerhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt zu bewerten.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



## II. Begründung:

Die Verwaltung erstellt gemäß § 28 E-GemHVO unterjährig Berichte über den Verlauf der Haushaltswirtschaft und deren voraussichtliche Entwicklung. Diese Berichte sind die Basis für den Gemeinderat, die Haushaltswirtschaft zu steuern und über finanzwirtschaftliche Maßnahmen wie z. B. die Beibehaltung oder Aufhebung von Haushaltssperren zu entscheiden. Außerdem dienen sie als Orientierungshilfe für Sachentscheidungen, die finanzielle Konsequenzen mit sich bringen.

### 1. Ausgangssituation

Am 03.05.2007 hat der Gemeinderat den Doppelhaushalt 2007 / 2008 beschlossen.

Im **Ergebnishaushalt 2008** übersteigen die ordentlichen Aufwendungen die ordentlichen Erträge um 5,8 Mio. €, so dass die veranschlagten Abschreibungsbeträge von 18,3 Mio. € nur anteilig finanziert sind.

Gemäß dem bei der Haushaltsplanaufstellung vorliegenden Entwurfsstand der Gemeindehaushaltsverordnung finden jedoch bei Kommunen, die – wie Heidelberg – vor Ablauf der Übergangsfrist auf das neue Haushaltsrecht umsteigen, noch die kamerale Bedingungen für den Haushaltsausgleich Anwendung. Danach müssen die zahlungswirksamen Erträge die zahlungswirksamen Aufwendungen mindestens um den Betrag der ordentlichen Tilgung und der Kreditbeschaffungskosten übersteigen. Dies ist im Haushaltsplan 2008 gewährleistet, so dass der gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich erreicht ist.

Wie in den Vorjahren enthält auch der Haushaltsplan 2008 eine **Haushaltssperre** zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und zum Ausgleich unerwarteter Haushaltsbelastungen. Die Haushaltssperre beträgt 1,0 Mio. € und betrifft die Bereiche Personal- und Versorgungsaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Sonstige ordentliche Aufwendungen.

Im **Finanzhaushalt 2008** ist vorgesehen, zur Finanzierung der Investitionstätigkeit Kredite in Höhe von 28,2 Mio. € neu aufzunehmen.

## 2. Aktuelle Prognose (Stand 15.04.2008)

Zum Stand 15.04.2008 haben wir eine erste Prognose über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2008 erstellt. Danach ergibt sich im Ergebnis ein ähnlich positives Bild wie schon im Jahr 2007:

Höhere **Erträge** erwarten wir durch die positive Konjunktorentwicklung insbesondere bei den **Schlüsselzuweisungen** (plus 18,7 Mio. € gegenüber dem Planansatz von 82,7 Mio. €) und bei der **Einkommensteuer** (plus 4,3 Mio. € gegenüber dem Planansatz von 47,3 Mio. €). Auf diese Entwicklung haben wir im Rahmen der Aktualisierung und Fortschreibung des Finanzplans (Sitzung des Gemeinderats vom 21.12.2007, Drucksache 0402/2007/BV) bereits hingewiesen.

Schwieriger ist die Prognose bei der **Gewerbsteuer**. Im Gegensatz zum Vorjahr entwickeln sich die Gewerbesteuererträge in 2008 etwas zögerlicher: das Vorauszahlungsaufkommen ist etwas höher als erwartet, jedoch bewegen sich die Nachzahlungen unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Zurzeit liegen wir noch unter dem Planansatz. Da bei der Gewerbesteuer unterjährig immer mit sprunghaften Entwicklungen sowohl positiv als auch negativ gerechnet werden muss, kalkulieren wir in unserer Prognose zunächst vorsichtig damit, dass wir den Ansatz von 58 Mio. € nicht ganz erreichen werden (-3 Mio. €). Wir werden aber die weitere Entwicklung aufmerksam und kontinuierlich beobachten.

Die Mindererträge in den **übrigen Bereichen** belaufen sich zusammen auf rund 3,0 Mio. €, davon entfallen rund 2,4 Mio. € auf den Bereich Abfallwirtschaft.

Ähnlich deutliche Planabweichungen wie bei den Erträgen gibt es auch bei den **Aufwendungen**: Minderaufwendungen erwarten wir bei der **Gewerbsteuerumlage** (-1,7 Mio. €) wegen des aufgrund der Unternehmenssteuerreform reduzierten Umlagesatzes und in Abhängigkeit vom niedriger prognostizierten Gewerbesteueraufkommen sowie bei den **Zinsen** (-0,8 Mio. €).

Diesen Minderaufwendungen stehen deutliche Mehraufwendungen gegenüber. Diese betreffen die **Sozialhilfe** einschließlich den Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (+1,4 Mio. €), den **Bauunterhalt** (+2,0 Mio. €) und die erhöhten Ausgleichsbeträge je Nutzzugkilometer an die **MVV OEG AG** (+1,8 Mio. €). Höher als geplant sind auch die **Personalaufwendungen** in Folge des Tarifabschlusses (+2,4 Mio. €). Dies wird uns auch in den Folgejahren (bereits bei der Haushaltsplanaufstellung 2009 / 2010) treffen: im Rahmen der Finanzplanung haben wir für die Jahre ab 2009 ff mit einer niedrigeren Tarifsteigerung kalkuliert als nun eingetreten. Folglich verringert sich der in der Finanzplanung unterstellte finanzielle Handlungsspielraum um diesen Mehrbedarf.

In den **übrigen Bereichen** summieren sich kleinere Veränderungen auf Mehraufwendungen in Höhe von 0,4 Mio. €.

Berücksichtigt man, dass durch die Neu- bzw. erstmalige Bewertung des Vermögens (z. B. Straßen, Grünanlagen) noch weitere Belastungen für Abschreibungen in Höhe von 6,5 Mio. € im Saldo hinzukommen, die bisher nicht veranschlagt waren, **so ergibt sich aktuell eine Verbesserung von insgesamt rund 5,0 Mio. € gegenüber dem Planansatz.** Damit kann das laut Haushaltsplan negative ordentliche Ergebnis in Höhe von 5,8 Mio. € nahezu ausgeglichen werden, so dass die Abschreibungen fast vollständig finanziert sind. Dies hat automatisch einen höheren Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit zu Folge und damit eine verbesserte Eigenfinanzierung von Investitionen. Wir halten es daher für vertretbar, **die Haushaltssperre in Höhe von 1 Mio. € aufzuheben** und es statt dessen dem Oberbürgermeister zu ermöglichen, über die Bewirtschaftungssperre, die wir unterjährig stufenweise lockern, die Haushaltssteuerung vorzunehmen.

Das gute Ergebnis 2008 ist jedoch kein Grund für Euphorie. Gerade im Hinblick auf die in den nächsten Jahren anstehenden großen (Bau-)Investitionen möchten wir nochmals **ausdrücklich** auf das im Vorjahr Gesagte hinweisen:

Die mittelfristige Finanzplanung enthält eine Vielzahl **bedeutender Investitionen**, deren Realisierung einen **deutlichen Anstieg der Verschuldung** auslöst. Diese Entwicklung war bei der Haushaltsberatung und -verabschiedung aus der Mitte des Gemeinderats heraus mit Sorge betrachtet und intensiv diskutiert worden.

Als das Regierungspräsidium Karlsruhe unseren Haushaltsplan 2007/2008 genehmigt hat, hat es in seinem Genehmigungsschreiben die mittelfristige Entwicklung der Schulden ebenfalls aufgegriffen und angemerkt, dass die Stadt zur Verbesserung der Finanzierungsverhältnisse bei den Investitionen und zur Abmilderung des kontinuierlichen Anstiegs der Schuldendienstbelastungen für die Erwirtschaftung zusätzlicher Zahlungsmittel aus der laufenden Verwaltungstätigkeit Sorge tragen sollte.

**Daher sollten auch in 2008 – wie bereits in 2007 praktiziert – die erwarteten Verbesserungen zur Absicherung der Investitionstätigkeit für die Schuldenbegrenzung eingesetzt werden.**

Nach der Sommerpause werden wir den Gemeinderat auf Basis einer aktualisierten Prognose erneut über den Verlauf der Haushaltswirtschaft informieren.

gez.

Dr. Eckart Würzner